

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtausdruck  
Tageblatt Rieser.  
Fernruf Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassentanz:  
Dresden 1530.  
Zirkelklasse:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 176.

Donnerstag, 31. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag. Feste Tarife. Wenigster Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Leseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Fortschritte der Sammlungsbewegung

### Burgfrieden von der Staatspartei bis zu den Konservativen, aber kein Zusammenschluß. Das Ende der Demokratischen Partei.

Die Sammlungsbewegung der bürgerlichen Mitte hat erhebliche Fortschritte gemacht, und zwar einmal durch die Zustimmung des demokratischen Parteiausschusses zur Gründung der Deutschen Staatspartei und zum andern mit der Bepfändung, die Dr. Scholz in Fortsetzung seiner Sammlungsbemühungen mit den Führern der demokratischen Partei abgehalten hat. Die Opposition gegen die Staatspartei war im Parteiausschuss nur gering. Die Auflösung der Demokratischen Partei selbst wird wohl erst im Herbst erfolgen, da sie nur vom Parteitag beschlossen werden kann.

Von besonderem Interesse ist, daß die zweite Entschliessung des Parteiausschusses ausdrücklich die Vereinigung aller gesinnungsverwandten Kräfte fordert. Damit wird nach Auffassung politischer Kreise deutlich auf die Scholz-Klison angezielt. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß Koch-Weiser in der gestrigen Konferenz der Parteiführer betont hat, er vertrete die Deutsche Staatspartei. Die Stimmung wird aus Kreisen der Teilnehmer dahin gefaßt, daß man die Verwirklichung des gemeinsamen Wahlaufsatzes für das Sanierungsprogramm und der späteren Fraktionsgemeinschaft durchaus für möglich hält. Die größte praktische Bedeutung wird der Fraktionsgemeinschaft beigelegt, denn sie würde über eine Arbeitsgemeinschaft weit hinausgehen und z. B. eine einheitliche Vertretung in den Ausschüssen herbeiführen, die nach dem bisher üblichen Schlüssel für eine große Fraktion sehr viel günstiger ist als für kleinere Gruppen. So würde sich nach Auffassung parlamentarischer Kreise der Einfluß der Mitte verstärken.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei bedauert man zwar, daß die radikalere Lösung eines sofortigen Zusammenschlusses zu einer Partei nicht angenommen worden ist, weil die übrigen Parteien gewichtige Zweckmäßigkeitsgründe dagegen anführten. Sie wiesen z. B. darauf hin, daß es ihnen schwer sein würde, ihre Flügelleute im Wahlkampf mit denen der Gruppen aufzutreten zu lassen, die ihnen am eiferntesten stehen. Immerhin sieht man in der grundsätzlichen Einigung, die dann über den zweiten Vorschlag des völksparteilichen Führers erzielt wurde, eine erhebliche Annäherung, die nach den Wahlen unter Umständen noch über die Fraktionsgemeinschaft hinaus entwickelt werden kann. Am härtesten haben sich gestern die Vertreter der konservativen Volkspartei für ein Zusammengehen ausgesprochen. Das wird auch insofern als ein günstiges Zeichen für die Sammelbestrebungen ausgelegt, als vielleicht auch die Landvolkpartei in die Kombination einbezogen werden kann. Ihre Antwort steht noch aus.

Naturngemäß hört man bei den beteiligten Parteien auch skeptische Stimmen, die darauf hinweisen, daß die eigentlichen Schwierigkeiten erst in der heutigen Arbeit des Redaktionsausschusses beginnen, und daß man deshalb abwarten müsse, ob aus den Bemühungen mehr als ein einfacher Burgfriede herauskommt. Man glaubt aber doch, daß der beherrschende Gedanke, Volk und Wirtschaft durch einen arbeitsfähigen Reichstag aus der gegenwärtigen Not zu retten, die Hemmungen überwinden helfen wird.

#### Deutsche Staatspartei: Liste 6

Berlin, 31. Juli.

Zwischen der Deutschen Staatspartei und dem Reichsinnenministerium ist nach einer Meldung des Berliner Tageblatts vereinbart worden, daß die neue Partei auf der Liste die bisher von den Demokraten eingenommene sechste Stelle erhält.

#### Burgfrieden und Fraktionsgemeinschaft.

Berlin. Über die gestern nachmittag stattgehabte Besprechung der Deutschen Volkspartei mit der Gruppe Weiser, der Wirtschaftspartei und der Staatspartei erlährt das Nachrichtenbüro des Völksp: Dr. Scholz legte den eingeladenen Parteien noch einmal die Frage vor, ob sie bereit seien, mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam in eine große einheitliche Partei des gesamten aktiven Staatsbürgertums aufzugeben. Dr. Scholz hat diesen Vorschlag vor allem damit begründet, daß die wahlmäßige Bürgerkraft sich in dem Wirrwarr der Parteien nicht mehr zurechtfindet und darum die Vereinigung zu einer Zusammenfassung verlangt. Die befragten Parteien waren jedoch nicht geneigt, dem völkspartei-

lichen Wunsch zu folgen. Die Frage gemeinsamer Wahllisten wurde damit ebenfalls abgelehnt.

Die von den ablehnenden Parteien vorgebrachten Gründe entspringen in erster Linie Zweckmäßigkeitswägungen und taktischen Betrachtungen. Nach Ablehnung seines ersten Vorschlages hat Dr. Scholz den vertretenen Parteien darauf die Frage vorgelegt, ob sie nicht über einen selbstverständlichen Vorschlag im Wahlkampf hinaus bereit seien, im kommenden Reichstag eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden, die die gesammelte parlamentarische Kraft des Bürgertums gerade in entscheidenden Augenblicken gemeinsam und einheitlich einzuwenden vermag. Diese Frage wurde wenigstens grundsätzlich bejaht. Vorüber sind die Verhandlungen noch nicht endgültig abgeschlossen. Sie werden heute fortgesetzt. Zunächst ist ein Redaktionskomitee beauftragt, einen gemeinsamen Wahlaufsatz auszuarbeiten.

#### Ein gemeinsamer Wahlaufsatz!

In der gemeinsamen Besprechung, die auf Veranlassung des Abgeordneten Scholz von der Deutschen Volkspartei zwischen den Vertretern einer Anzahl hinter der Regierung stehenden Parteien stattfand, wurde beschlossen, in den nächsten Tagen einen gemeinsamen Wahlaufsatz zu erlassen, der für das Sanierungsprogramm der Reichsregierung eintritt. Ein Vorschlag über eine Fusion der an dieser Besprechung beteiligten Parteien ist nicht gemacht worden.

Zu der Besprechung hatten sich neben Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei Minister Treppmann von den Volkskonservativen, die Abgeordneten Drewitz und Sachsenberg von der Wirtschaftspartei, Koch-Weiser, Oscar Meyer und Dr. Schenck von der Deutschen Staatspartei sowie ein Vertreter der jungen Volksparteiler eingeladen. Man kam in der zweistündigen Aussprache überein, von dem Gedanken einer Fusion abzusehen, immerhin ließen manche Bemerkungen erkennen, daß die Möglichkeit besteht, Verhandlungen über eine gemeinsame Reichsliste der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei zu einem positiven Ergebnis zu bringen.

#### Ein Aufruf Mahrauns

Berlin, 31. Juli.

Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahraun, hat an seine jungdeutschen und völkernationalen Freunde einen längeren Aufruf erlassen, dessen bemerkenswertesten Stellen lauten: Nach eingehenden Beratungen des Jungdeutschen Hochkapitels und des Reichsvorstandes der völkernationalen Reichsvereinigung haben wir den schwersten Beschluß gefaßt, unsere Anhänger im kommenden Reichstagswahlkampf für eine junge Deutsche Staatspartei aufzurufen. Die jungdeutschen und völkernationalen Führer haben sich zu diesem ersten Schritt entschlossen und vorhandene Bedenken zurückgestellt, weil sie in der gegenwärtigen politischen Verwirrung die Verantwortung nicht tragen können, durch ein alleiniges Vorgehen der völkernationalen Reichsvereinigung die von weitesten Volksteilen geforderte Sammlungsbewegung auf breiter Grundlage zunichte zu machen. Die unaufhörliche Zersplitterung der bürgerlichen Parteien kann so nicht weitergehen. Jener große Teil des Staatsbürgertums, der zwischen der Sozialdemokratie und dem Radikalismus der Rechten steht, fühlt sich von den alten Parteien verlassen und fordert mit unüberwindlicher Gewalt eine grundlegende politische Neugruppierung.

Die Vorbedingungen der vom Volke geforderten Sammlung sind durch die gegenwärtige Entwicklung gegeben. In der jungen Deutschen Staatspartei müssen sich deutsche Menschen aus dem schwarz-weiß-roten wie aus dem schwarz-rot-goldenen Heerlager die Hände zum gemeinsamen Kampf für Volk und Vaterland, für Einheit und Freiheit geben. Jede Sammlungsbewegung, die sich auf eines dieser beiden Heerlager beschränkt, wird keinen Erfolg erzielen können. Die junge Deutsche Staatspartei muß der jungen Generation die volle Gleichberechtigung in jeder Beziehung einräumen. Die junge Deutsche Staatspartei muß uns die Gewähr bieten, daß die struppellose Selbstsucht von Klassen-, Interessenten- und Finanzgruppen einem hohen staatspolitischen Verantwortungsgesühl Platz macht. Wir wollen Staatsvolk, aber nicht Interessentenhäufen sein. Das Gebot der Klugheit und Gerechtigkeit erfordert die Kampfgemeinschaft mit einer Anzahl von Abgeordneten und politischen Persönlichkeiten der alten Parteien. Darum haben wir uns entschlossen, gemeinsam

mit ihnen zur Bildung der Deutschen Staatspartei aufzuzureisen.

An uns wird es in erster Linie liegen, die Front nach rechts zu erweitern. Die einmütige Entschlossenheit der jungdeutschen und völkernationalen Bewegung, die Behauptung ihrer Schlüsselstellung innerhalb der jungen Deutschen Staatspartei bieten weiten Volksteilen die Gewähr für die Ausschaltung der internationalen pazifistischen Schwärmer, die dem Deutschen Reich so unermesslichen Schaden zugefügt haben.

#### Die Demokraten stimmen

#### der Gründung der Deutschen Staatspartei zu.

Berlin. Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei faßte am Mittwoch nachmittag nach Abschluß der Aussprache über die grundsätzlichen Fragen gegen vier Stimmen folgende Entschliessung:

Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung.

Der Parteiausschuss wünscht und erwartet, daß die Deutsche Staatspartei mit größtem Eifer bemüht sein wird, alle gesinnungsverwandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher politischer Arbeit zusammenzufassen.

Der zweite Satz dieser Entschliessung fand Annahme gegen nur eine Stimme.

In der Aussprache wurde bedauert, daß nicht versucht worden sei, durch Hinzuziehung von Mitgliedern des linken Flügels der Deutschen Volkspartei eine neue Parteiorganisation zu bilden. Man sei nun aber vor vollendete Tatsachen gestellt und müsse die neue Partei unterstützen. Bemängelt wurde weiter die vor der Gründung der neuen Partei betriebene Heimlichkeit. Vollkommene Klarheit wurde verlangt, welche Persönlichkeiten die neue Sache führen sollen. Von einem Diskussionsredner wurde erklärt, daß Minister Dietrich an die Spitze der neuen Bewegung gehöre. Es wurde weiter anerkannt, daß das Wahlprogramm der Staatspartei durchaus demokratische Grundzüge enthalte. Es gelte jetzt die Erhaltung der deutschen Republik. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß das Wahlprogramm der neuen Staatspartei keinen neuen Geist enthalte, sondern nur die alten Forderungen aufzähle.

Im einzelnen erörterte Reichshaus-Bund die Möglichkeiten, die Deutsche Volkspartei in die neue Gruppierung der Mitte mit einzubeziehen. Er forderte Ergänzungen zu dem Aufruf besonders in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Der Redner empfahl schließlich, die neue Gründung zu unterstützen.

Prof. Gelpach-Deidelberg trat dafür ein, daß den liberal gesinnten Wählern der Deutschen Volkspartei die Türen zur Deutschen Staatspartei geöffnet würden. Wenn dann auch noch eine Erneuerung in der Führerschaft vorgenommen sei, würden er und seine Freunde gern in der Deutschen Staatspartei mitarbeiten.

Reich-Rat Wuhle stellte fest, daß die Gründung der Deutschen Staatspartei in der Linie des sozialrepublikanischen Kreises liege.

Schäfer-Köln hob hervor, daß die Deutsche Staatspartei diejenigen brauche, die sich mit Begeisterung in den Dienst der Sache stellten und die sich von den alten Formeln und den alten Methoden der Politik freimachen wollten.

Dr. Weil forderte ein klares Bekenntnis, daß Antisemitismus in der neuen Partei keinen Raum habe.

Der presch. Finanzminister Hüpfert-Mosch äußerte den Wunsch, auf breiterer Grundlage eine Einigung herbeizuführen. Er erörterte in diesem Zusammenhang die Einladung des Führers der Dvp. und fragte: was wollte Herr Scholz? Wenn er nur einen Burgfrieden oder nur eine Dämpfung des Wahlkampfes wollte, dann hätte er sich an alle Parteien, auch an Sozialdemokraten und das Zentrum wenden müssen. Wollte er einen Wahlblock für Brüning, dann durfte er an der Partei des Kanzlers nicht vorbeigehen. Wollte er eine neue Partei, dann war sein Vorgehen falsch. Es kommt darauf an, die radikalen Elemente niederzuwerfen. Aber es besteht keine Möglichkeit, mit den Konservativen zusammenzugehen. Ging die Einladung des Herrn Scholz auf eine neue Partei hinaus, dann ging sie über den Rahmen dessen, was möglich ist, weit hinweg. Der Erfolg der Deutschen Staatspartei hängt davon ab, ob es gelingt, die politisch Heimtätigen zu besänftigen und an die Herzen der jungen Menschen heranzukommen.